

A001: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

Laufende Nummer: 083

Antragsteller/in:	DGB-Bundesvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa
Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen	Zeile 151 - 152: Ersetzung Zeile 223: Ergänzung Zeile 283: Ergänzung Zeile 296: Ergänzung Zeile 299 - 301: Streichung Zeile 302: Ergänzung Zeile 306: Ergänzung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

1 1. Was wir wollen

2 **Der 21. Ordentliche Bundeskongress fordert den DGB-Bundesvorstand auf, einen breiten**
3 **gesellschaftspolitischen Zukunftsdialog zu initiieren. Das Ziel dieses Dialogs ist es, im**
4 **Austausch mit den relevanten demokratischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und**
5 **Gesellschaft Perspektiven jenseits der neoliberalen Agenda der letzten Jahrzehnte zu**
6 **entwickeln und darauf aufbauend Leitlinien für eine progressive Modernisierungspolitik in**
7 **Deutschland und Europa zu erarbeiten und umzusetzen.**

8 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten für eine solidarische, sozial gerechte und
9 weltoffene Gesellschaft ein, die den Grundsätzen nachhaltigen Wirtschaftens verpflichtet ist. Damit
10 stärken wir den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie in Deutschland und Europa. Eine wichtige
11 Voraussetzung dafür sind mitgliederstarke und politisch gestaltunfähige Gewerkschaften, die dafür
12 sorgen, dass die Transformation unserer Arbeitswelt und Gesellschaft gerecht verläuft.

13 Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen und kämpfen dafür, Gute Arbeit, soziale Sicherheit und
14 den Anspruch der Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben durchzusetzen. Angesichts der großen
15 Umbrüche unserer Zeit, die durch das Zusammenspiel von Globalisierung und europäischer Integration,
16 Klimawandel, Digitalisierung, Migration, gesellschaftlichem Wertewandel und demographischer
17 Entwicklung vorangetrieben werden, sind wir besonders gefordert. Gerade unter den Bedingungen
18 tiefgreifender Veränderungen müssen wir darauf hinwirken, dass alle Erwerbstätigen, die in
19 Deutschland und Europa leben, einen gerechten Anteil an den von ihnen erarbeiteten
20 Wohlstandsgewinnen und den von ihnen ermöglichten Steigerungen der Lebensqualität erhalten. Dadurch
21 festigen wir das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie.

22 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich für eine progressive
23 Modernisierungspolitik in Deutschland und Europa, die von den Beschäftigten mitbestimmt ist und die

24 Prozesse tiefgreifenden Wandels, die sich gegenwärtig vollziehen, im Interesse aller Erwerbstätigen
25 gestaltet. Dafür müssen wir die jahrzehntelange Vorherrschaft des Neoliberalismus endlich überwinden
26 und neue Perspektiven für Arbeitswelt und Gesellschaft entwickeln. Die Aufgabe ist gewaltig und
27 erfordert das Zusammenwirken aller relevanten demokratischen Akteure ebenso wie langfristig
28 angelegtes Denken und Handeln. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden deshalb auf der
29 Grundlage der Beschlüsse des Ordentlichen Bundeskongresses in den nächsten vier Jahren einen
30 gesellschaftspolitischen Zukunftsdialog mit den fortschrittlichen Kräften aus Zivilgesellschaft,
31 Politik, Wirtschaft und Kultur initiieren, umsetzen und über die Bezirke, Regionen, Stadt- und
32 Kreisverbände des DGB in die Fläche tragen.

33 Ziel dieses Dialoges ist es, gemeinsam über Wege für Deutschland und Europa zu diskutieren, die
34 allen Menschen den Zugang zu Guter und sicherer Arbeit sowie sozialer Sicherheit eröffnen und
35 garantieren. Der Dialogprozess soll dazu beitragen, Optionen für eine sozial, ökonomisch und
36 ökologisch nachhaltige Gestaltung der Transformation von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft
37 aufzuzeigen, und dabei auch den offenen Austausch über Zielkonflikte ermöglichen. Und schließlich
38 sollen mit dem Zukunftsdialog die Weichen gestellt werden für eine progressive Politik, die durch
39 einen starken Sozialstaat, handlungsfähige staatliche Einrichtungen und eine funktionierende
40 öffentliche Daseinsvorsorge für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Sicherheit der Menschen
41 sorgt.

42 Die im DGB zusammengeschlossenen Mitgliedsgewerkschaften werden diesen breit angelegten
43 gesellschaftspolitischen Dialogprozess gemeinsam anstoßen und organisieren. Sie werden damit den DGB
44 in den kommenden Jahren verstärkt als Ort der strategischen Debatte über gesellschaftliche
45 Zukunftsfragen für ihre gewerkschaftliche Arbeit nutzen.

46 **2. Wo wir stehen**

47 Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche und offener Zukunftsperspektiven. Auf den ersten Blick
48 zeichnen die Kennzahlen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ein positiv-
49 optimistisches Bild. Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung sind günstig. Der Aufschwung
50 hält an. Der deutsche Export profitiert davon, dass sich die Weltwirtschaft – und insbesondere der
51 Euroraum – allmählich von den Folgen der internationalen Finanzkrise erholt. Das stabile Wachstum
52 ist nicht nur dem deutschen Außenhandel zu verdanken, sondern wird durch eine robuste
53 Binnennachfrage mitgetragen. Der private Konsum hat nach Jahren endlich angezogen. Ein Grund dafür
54 sind die kräftigen Lohnzuwächse der letzten Jahre, für die die Mitgliedsgewerkschaften des DGB mit
55 guten Tarifabschlüssen gesorgt haben. Auch die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt wirkt
56 entspannt. Die Beschäftigtenzahlen erreichen ein Rekordniveau, während die Arbeitslosigkeit weiter
57 zurückgeht. Tatsächlich erscheint die Arbeitsmarktlage so robust, dass Vollbeschäftigung wieder zum
58 erklärten Ziel der Politik wird.

59 Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass die wirtschaftliche Bilanz gravierende Schattenseiten
60 hat und durch erhebliche soziale Unsicherheiten geprägt ist:

- 61 • Der technologische Wandel und die Geschäftsmodelle des digitalen Kapitalismus einerseits und
62 die Erfüllung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele andererseits forcieren einen
63 weitreichenden Umbruch wirtschaftlicher Strukturen und Wertschöpfungsketten. Ganze
64 Volkswirtschaften, Regionen, Branchen und Berufszweige verändern sich von Grund auf. Neue

65 Märkte entstehen, die internationalen Wettbewerbsbedingungen verändern sich fundamental.

66 Zusätzlich gerät Deutschland durch den demografischen Wandel und den wachsenden
67 Fachkräftebedarf unter wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anpassungsdruck.

68 Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, wie diese gewaltigen Veränderungsprozesse
69 wirtschaftlich vernünftig, sozialverträglich und im Interesse des Gemeinwohls gestaltet werden
70 können.

71 • Immer deutlicher zeigen sich die inhumanen Folgen eines neoliberalen Globalisierungskurses,
72 einer einseitig auf Deregulierung, Marktliberalisierung und Austerität ausgerichteten
73 Europapolitik und einer kurzsichtigen Unternehmensorientierung am „Shareholder Value“. All
74 diese verfehlten Weichenstellungen begünstigen einen marktradikalen Wettbewerb, der auf
75 Kostenvorteile durch Lohndumping, den Abbau sozialer Standards und (sozial-)staatlicher
76 Leistungen setzt und damit für die Menschen in eine soziale Abwärtsspirale führt. Das
77 Wohlstands-, Sicherheits- und Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft und eines
78 sozialen Europas ist brüchig geworden. Die Ungleichheit bei der Verteilung von Vermögen,
79 Einkommen und gesellschaftlichen Teilhabechancen hat sich drastisch verschärft.

80 • Die Folgen einer Politik der „Schwarzen Null“ und der Privatisierung von Einrichtungen der
81 öffentlichen Daseinsvorsorge zeigen sich in maroden Schulen, wachsender Wohnungsnot,
82 überlasteten Sicherheitsbehörden oder zu wenig und schlecht bezahltem Personal in Pflege und
83 Gesundheit, in den Sozial- und Erziehungsberufen. In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens
84 erweisen sich staatliche Einrichtungen nur noch als beschränkt handlungsfähig.

85 • Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren längst nicht alle. Weiterhin sind 3,4 Mio. Menschen
86 arbeitslos oder unterbeschäftigt. Fast eine Million Menschen sind langzeitarbeitslos.
87 Gleichzeitig hält die bestehende Spaltung des Arbeitsmarktes an. Zwar ist die Mehrheit der
88 abhängig Beschäftigten in Deutschland unbefristet in Vollzeit und sozialversichert beschäftigt.
89 Für ein Viertel der Beschäftigten ist die Arbeitsmarktsituation jedoch prekär. Sie arbeiten in
90 unfreiwilliger Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverhältnissen. Ihre
91 Beschäftigung ist unsicher und die Einkommen liegen zum Teil unter dem Existenzminimum. Sie
92 haben oft schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Aufstiegschancen. Gleichzeitig hat
93 Deutschland trotz Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen der größten
94 Niedriglohnsektoren in Europa. Jede bzw. jeder vierte Beschäftigte bezieht Niedriglöhne.
95 Betroffen sind vor allem atypisch Beschäftigte, Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer sowie
96 Soloselbständige – in erster Linie Frauen, Jüngere, Geringqualifizierte, Beschäftigte mit
97 Migrationshintergrund und mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU.

98 • Auch fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ist der Strukturwandel in Ostdeutschland
99 noch nicht bewältigt. Zwar ist der Aufbau der Infrastruktur weitgehend gelungen, doch es fehlen
100 wertschöpfungsstarke Betriebe und Forschungseinrichtungen. Daher sind die Einkommen deutlich
101 geringer als in den alten Bundesländern – ein Zustand, zu dem auch die jahrelang verfolgten
102 Niedriglohnstrategien ostdeutscher Bundesländer beigetragen haben. Absehbar wird ein hoher
103 Anteil der Menschen in Ostdeutschland nur geringe Renten erhalten, was nochmals auf die

104 Nachfrage drücken wird. Auch in den alten Bundesländern gibt es strukturschwächere Regionen,
105 aber nicht in flächendeckendem Ausmaß, was sich bei allen wichtigen sozialen und
106 wirtschaftlichen Kennziffern zeigt.

107 • Deutschlands wirtschaftliches Umfeld in Europa und der Welt bleibt äußerst fragil.

108 In der Europäischen Union wurde weder die falsche Krisentherapie einer besinnungslosen
109 Sparpolitik korrigiert noch wurden die Defizite in der Architektur der Eurozone behoben. Trotz
110 feierlicher Bekenntnisse zum sozialen Europa, wie sie erst jüngst zur sogenannten „europäischen
111 Säule sozialer Rechte“ abgegeben wurden, bleibt es dabei: Die Binnenmarktfreiheiten genießen
112 weiterhin Vorrang vor den sozialen Grundrechten – mit all den negativen Auswirkungen, die sich
113 daraus für die Arbeits- und Lebensbedingungen in der EU ergeben. Diese Fehlentwicklungen führen
114 dazu, dass sich die Menschen und vor allem die Beschäftigten von der Europäischen Union
115 abwenden. Die EU-Mitgliedstaaten driften sozial, wirtschaftlich und politisch auseinander. Das
116 europäische Integrationsprojekt bleibt instabil.

117 Im globalen Wettbewerb verschärft sich die Systemkonkurrenz mit einem autoritären
118 Staatskapitalismus, wie er vor allem von China und Russland praktiziert wird. Auf der anderen
119 Seite des Atlantiks verfolgt der amtierende US-Präsident mit seiner „America First“-Strategie
120 unverhohlen eine Politik des Neoprotektionismus. Die Konsequenzen der „Brexit“-Entscheidung
121 Großbritanniens als wichtigem Standort und Absatzmarkt für deutsche und europäische Unternehmen
122 sind noch nicht endgültig absehbar.

123 Hinzu kommt, dass auch zehn Jahre nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eine wirksame
124 Regulierung der internationalen Finanzmärkte und des Bankensektors fehlt. Damit besteht
125 weiterhin die Gefahr, dass die Krise sich wiederholt.

126 Viele Menschen reagieren auf diese widersprüchlichen Entwicklungen mit zunehmender Verunsicherung.
127 Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Rekordbeschäftigungszahlen auf dem Arbeitsmarkt
128 beurteilt zwar die Mehrheit in Deutschland ihre objektive wirtschaftliche Lage und ihre persönliche
129 Lebenssituation positiv. Gleichzeitig machen sich aber bis in die Mitte der Gesellschaft hinein
130 subjektive Abstiegsängste und Zukunftssorgen für sich und die eigenen Kinder breit. Hinzu kommt das
131 Empfinden, dass es sozial ungerecht zugeht oder dass die eigene Leistung nichts mehr zählt und die
132 Menschen auf sich alleine gestellt sind. In Ostdeutschland, aber auch in einzelnen westdeutschen
133 Landstrichen, ist die Erfahrung besonders stark ausgeprägt, in einer wirtschaftlich abgehängten
134 Region mit schlechteren Entlohnungen und unsicheren Zukunftsaussichten zu leben.

135 Teile der Bevölkerung nehmen offene Grenzen, Zuwanderung und zunehmende gesellschaftliche Vielfalt
136 als Kontrollverlust des (National-)Staates durch Globalisierung und europäische Integration wahr. In
137 der Arbeitswelt fühlen sich viele Erwerbstätige fremdbestimmt und von „der Politik“ fühlen sich
138 Teile der Bevölkerung immer weniger vertreten. Entsprechend brüchig ist das Vertrauen in die
139 demokratischen Institutionen.

140 Die populistischen Vereinfacher nutzen diese Verunsicherung, um mit ihren nationalistischen Rufen
141 nach neuen Grenzen und Abschottung, ihren extremistischen, menschenfeindlichen und rassistischen
142 Parolen die gesellschaftliche und politische Spaltung in Deutschland und Europa zu vertiefen. Gerade

143 bei Wählergruppen, die besonders anfällig für diese Parolen sind, wissen wir aber auch: Die
144 Populisten erhalten dort weit weniger Zulauf von Beschäftigten, wenn diese in einem sicheren,
145 unbefristeten und tarifvertraglich geschützten Arbeitsverhältnis stehen und im Betrieb mitbestimmen
146 können.

147 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist klar, dass sie als starke und handlungsfähige
148 Gewerkschaften gefordert sind, um die großen Umbrüche, vor denen wir stehen, aktiv mitzugestalten.
149 Sie betrachten den tiefgreifenden Wandel durch Globalisierung und europäische Integration,
150 Klimawandel, Digitalisierung, Migration, gesellschaftlichen Wertewandel und demographische
151 Entwicklung nicht nur als Bedrohung. ~~Vielmehr eröffnet er neue Perspektiven, um die dunklen sozialen-~~
152 ~~Schattenseiten einer seit Jahrzehnten neoliberal geprägten Politik zu überwinden~~ sondern vor allem
153 als Herausforderung. Der DGB und seine
154 Mitgliedsgewerkschaften nutzen den Transformationsprozess als Gestaltungschance für bessere Lebens-
155 und Arbeitsbedingungen, für eine Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Menschen
156 sichere Zukunftsperspektiven haben, ihr Leben verlässlich und selbstbestimmt planen können, wo es
157 sozial gerecht zugeht und das Zusammenleben durch Weltoffenheit, Vielfalt und Solidarität geprägt
158 ist.

158 Alle zivilgesellschaftlichen Akteure, die für demokratische Werte und dafür eintreten, dass die
159 Würde des Menschen unantastbar ist, sind gefordert, diese Chance zu ergreifen – um den
160 gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in das demokratische System zu stärken und um die
161 Populisten, Nationalisten und Autokraten in Deutschland, Europa und der Welt zu stoppen.

162 **3. Unser Selbstverständnis und unsere Rolle als Gewerkschaften**

163 Gewerkschaften organisieren Solidarität und schaffen Räume zur aktiven Beteiligung. So können
164 Beschäftigte die kollektive Stärke entwickeln, um sozialen Fortschritt in der Arbeitswelt und
165 Gesellschaft durchzusetzen. Die Gestaltungsmacht und das Durchsetzungsvermögen des DGB und seiner
166 Mitgliedsgewerkschaften beruhen auf ihrer Fähigkeit, Gegenmacht gegen Arbeitgeber- und
167 Kapitalinteressen zu schaffen. Dadurch sind sie auch gegenüber der Politik in der Lage, die
168 Interessen der Beschäftigten wirksam zu vertreten. Als Gewerkschaften haben sie den
169 grundgesetzlichen Auftrag, die Verhältnisse in Betrieb und Verwaltung, in den Branchen und in
170 unserem demokratischen Sozialstaat zu verbessern.

171 Es ist die demokratische Beteiligung der Vielen, die die Gewerkschaften als Mitgliederorganisationen
172 handlungs- und durchsetzungsfähig macht. Wir streiten und kämpfen für eine demokratische
173 Gesellschaft und für gleichberechtigte Teilhabe und machen selbst vor, „wie Demokratie geht“. Alle,
174 die in Deutschland leben und arbeiten, können Gewerkschaftsmitglieder werden. Jede und jeder kann
175 vom ersten Tag an mitmachen – wählen, sich für den Betriebs- oder Personalrat aufstellen lassen,
176 sich im Betrieb als Vertrauensfrau oder -mann engagieren, sich für Tarifkommissionen bewerben oder
177 unsere gewerkschaftlichen Bildungsangebote nutzen. Gewerkschaften ermöglichen es, dass jedes ihrer
178 Mitglieder die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen aktiv mitgestalten kann.

179 Mit Tarifvertrag und Mitbestimmung gestalten die DGB-Mitgliedsgewerkschaften die Arbeitsbedingungen
180 der Beschäftigten aus eigener Kraft. Sie suchen im Rahmen der Sozialpartnerschaft den Dialog und
181 gestalten, gemeinsam mit den Interessenvertretungen in Betrieben und Verwaltungen, die
182 Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern auf Augenhöhe. Dort, wo die Arbeitgeber die Sozialpartnerschaft
183 nicht leben, scheuen sie keinen Konflikt, um die Rechte und Interessen der Beschäftigten

184 durchzusetzen – auch mit den Mitteln des Streiks.

185 Auf wichtigen Feldern wie der Mitgliederentwicklung und der Tarifbindung müssen die im DGB
186 zusammengeschlossenen Gewerkschaften ihre Anstrengungen weiter verstärken. In den kommenden Jahren
187 werden wir an verschiedenen Punkten noch enger und intensiver zusammenarbeiten:

188 • Wir werden uns noch mehr darauf konzentrieren, unseren gewerkschaftlichen **Organisationsgrad** zu
189 erhöhen, um so kollektive Regelungen und solidarische Prinzipien in der Arbeitswelt durchsetzen
190 zu können. Gemeinsam entwickeln wir neue Ansätze, um Männer und Frauen im Arbeitsleben als
191 Mitglieder zu gewinnen und diese langfristig an uns zu binden – auch in Zeiten des
192 Berufswechsels oder der Elternzeit, auch wenn sie in Ausbildung oder Studium, auf Arbeitssuche
193 oder im Ruhestand sind.

194 • Die abnehmende Tarifbindung und das Anwachsen tariffreier Zonen ist ein Angriff auf
195 gewerkschaftliche Mitgestaltung und Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir machen
196 uns für eine Kehrtwende hin zu einer **flächendeckenden Tarifbindung** stark. Wir kämpfen mit aller
197 Entschlossenheit gegen die Tariffucht auf der Arbeitgeberseite und für eine Stärkung von
198 Allgemeinverbindlicherklärungen. Nur ein starkes Tarifsysteem hilft gegen Niedriglohn und
199 prekäre Beschäftigung. Eine starke Tarifbindung ist zentral für mehr Einkommensgleichheit,
200 soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen und mehr Selbstbestimmung, wenn es um die
201 Vereinbarkeit von Arbeit und Leben geht.

202 • Wir setzen uns mit vereinter Kraft dafür ein, der Bekämpfung, Sabotage und Unterdrückung von
203 Gewerkschaften („Union Busting“) und der Be- und Verhinderung von Betriebs- und
204 Personalratsarbeit Einhalt zu gebieten. Wir werden dafür sorgen, dass die **Präsenz von Betriebs-**
205 **und Personalräten in der Fläche** zunimmt und ihre Mitbestimmungsrechte ausgebaut werden. Auf
206 nationaler und europäischer Ebene haben wir uns zum Ziel gesetzt, dass bestehende
207 gesellschaftsrechtliche Schlupflöcher geschlossen und neue verhindert werden, die es
208 ermöglichen, sich der **Unternehmensmitbestimmung** zu entziehen. Deshalb werden der DGB und seine
209 Mitgliedsgewerkschaften ihre gemeinsame „Offensive Mitbestimmung“ in den kommenden Jahren
210 fortführen.

211 • Die verschiedenen Zweige der sozialen Sicherung sind aus gutem Grund selbstverwaltete
212 Institutionen der Sozialpolitik. Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter sind näher dran an
213 der Lebenswirklichkeit der Menschen. Wir werden deshalb unser gewerkschaftliches Engagement in
214 den **Selbstverwaltungen** ausbauen.

215 Flankiert wird die Tarif- und Betriebspolitik der Mitgliedsgewerkschaften durch
216 gesellschaftspolitische Arbeit. Aufgabe des DGB als Bund der Gewerkschaften ist es dabei, die
217 Einzelinteressen der Mitgliedsgewerkschaften zu Gesamtinteressen zu bündeln, um die in seiner
218 Satzung formulierten Aufgaben zu erfüllen. Der DGB ist für die Gewerkschaften das gemeinsame Forum,
219 um den Diskurs über gesellschaftliche Zukunftsfragen zu organisieren.

220 Wir können selbstbewusst auf eine lange Erfolgsgeschichte zurückblicken. Die Gewerkschaften haben
221 die Entwicklung unserer Demokratie und unserer sozialen Marktwirtschaft maßgeblich geprägt. Überall

222 dort, wo Tarifverträge gelten, bedeutet dies mehr Sicherheit für den Arbeitsplatz, bessere Löhne,
223 geregelte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, bessere Arbeitszeiten und Entwicklungschancen für die
224 Beschäftigten. Für Vieles, was heute selbstverständlich erscheint, aber teilweise wieder in Frage
225 gestellt wird, haben Gewerkschaften hart gekämpft – von tariflichen und gesetzlichen Mindestlöhnen,
226 dem Acht-Stunden-Tag, der Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung über den Kündigungsschutz
227 und die Beschäftigungssicherung in Krisenzeiten bis zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem
228 bezahlten Jahresurlaub.

229 All diese Erfolge zeigen: Dort, wo wir stark sind, setzen wir die Standards für Gute Arbeit und
230 soziale Gerechtigkeit. Deshalb wird es auch nur mit mitgliederstarken Gewerkschaften möglich sein,
231 die Transformation unserer Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahren und
232 Jahrzehnten demokratisch, gerecht und nachhaltig zu gestalten.

233 Dass die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen, Bildungs- und Teilhabechancen
234 trotz unserer Erfolge zugenommen hat, zeigt uns aber auch: Wir müssen weiter daran arbeiten, unsere
235 **Gestaltungskraft** zu steigern. Hierbei ist es wichtig, dass wir auch die Arbeitsteilung zwischen DGB
236 und Mitgliedsgewerkschaften neu austarieren. Dafür werden wir die Rolle des **DGB mit all seinen**
237 **Gliederungen als Ort gesellschaftspolitischer Zukunftsdialoge** stärken.

238 **4. Den Wandel gerecht gestalten: Unsere Gestaltungsziele**

239 Bestimmt wird das Handeln des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften bei der Gestaltung des Wandels
240 durch ihre Leitidee für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschafts- und
241 Wirtschaftsordnung. Sie orientieren sich dabei an den Zielen sozialer, wirtschaftlicher und
242 ökologischer Nachhaltigkeit. Dazu gehören die Sicherung von Beschäftigung sowie die Durchsetzung von
243 gerechten Einkommen und guten Arbeitsbedingungen ebenso wie die gerechte Verteilung sozialer
244 Teilhabechancen und der Schutz der Umwelt. Als Gewerkschaften sind wir gefordert, Konflikte zwischen
245 diesen Nachhaltigkeitszielen offen zu benennen und zu konstruktiven Lösungen zusammenzuführen.

246 Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die Gute Arbeit und Wohlstand für alle garantiert. Wir
247 wollen eine Gesellschaft, die dafür sorgt, dass alle Menschen einen gerechten Anteil an der von
248 ihnen erwirtschafteten Wertschöpfung, am sozialen Fortschritt und an der gewachsenen Lebensqualität
249 erhalten, die sie durch ihre Arbeit ermöglichen. Wir streben eine Gesellschaft an, die sich auf das
250 Ziel nachhaltigen Wirtschaftens verständigt, schonend mit den Ressourcen unseres Planeten umgeht und
251 dafür sorgt, dass auch kommende Generationen eine intakte Umwelt vorfinden, die ihnen ein gutes
252 Leben ermöglicht. Wir kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse und gegen regionale Spaltung in
253 wohlhabende und arme Landesteile. Wir setzen uns für regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Wir wollen
254 regionale Perspektiven statt immer höhere Zahlen von Fernpendlern.

255 Dafür werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften im Transformationsprozess durch gesetzliche
256 Rahmensetzung, tarifvertragliche und betriebliche Vereinbarungen aktiv Einfluss nehmen auf die
257 Ordnung des Arbeitsmarktes, den Verlauf und die Geschwindigkeit des Umbaus von Wirtschafts- und
258 Unternehmensstrukturen ebenso wie auf die sozialen Sicherungssysteme, das Bildungssystem, die
259 öffentliche Daseinsvorsorge und den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir orientieren uns dabei an
260 klaren Gestaltungsziele für die verschiedenen Treiber des Wandels.

261 **4.1 Globalisierung und europäische Integration fair und solidarisch gestalten**

262 Der enorm gewachsene internationale Handel und die Zunahme grenzüberschreitender Investitionen haben
263 zu einer vertieften weltwirtschaftlichen Integration und Arbeitsteilung beigetragen und eine
264 beachtliche ökonomische Dynamik entfaltet, von der viele Menschen profitieren. Damit die
265 Weltwirtschaft auch weiterhin zentrale Wohlstandsquelle für Deutschland bleibt, muss der bisherige
266 Globalisierungskurs jedoch grundlegend verändert werden. Es geht uns darum, den Welthandel so zu
267 gestalten, dass er die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert und dem ungezügelten
268 Spiel der Marktkräfte klare Grenzen setzt. Denn die bisherige Globalisierungspolitik hat die
269 Ungleichheit zwischen Ländern, Regionen und Einkommen vertieft, sie führt zu einer ungerechten
270 Verteilung der Wohlstandsgewinne und schafft damit Globalisierungsgewinner und -verlierer.

271 Wir setzen uns für eine **faire Gestaltung der Globalisierung** ein, die nicht mehr einseitig auf
272 Marktöffnung setzt, sondern etwa durch die Weiterentwicklung und bessere Durchsetzung
273 internationaler Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards das Geschehen auf
274 Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkten reguliert. Eine faire Globalisierung sorgt dafür, dass
275 unmenschliche Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen in globalen Lieferketten unterbunden
276 und dass die Globalisierungsgewinne gerechter verteilt werden. Eine faire Globalisierung definiert
277 Regeln für den Abschluss internationaler Handels- und Investitionsabkommen, indem zum Beispiel
278 festgelegt wird, dass sie Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht beeinträchtigen dürfen,
279 Mechanismen des privaten Investorenschutzes mit dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbar sind und solche
280 Abkommen in demokratischen und transparenten Verfahren ausgehandelt werden müssen.

281 Auch die Europäische Union befindet sich in einer schweren Vertrauenskrise. Der bevorstehende
282 Austritt Großbritanniens markiert eine tiefe Zäsur in der bisherigen Geschichte des europäischen
283 Einigungsprojektes. Wenn Europa sein Versprechen auf ~~mehr~~Demokratie, Freiheit und Wohlstand für alle
284 nicht
284 einlöst, werden sich immer mehr Menschen von ihm abwenden.

285 Nationale Gesetze zum Schutz der Beschäftigten und von Verbraucherinnen und Verbrauchern ebenso wie
286 gewerkschaftliche Rechte werden vom Europäischen Gerichtshof und auch von der Europäischen
287 Kommission häufig als unzulässige Einschränkungen der EU-Binnenmarktfreiheiten eingestuft. Hinzu
288 kommen die halbherzigen Antworten der Europäischen Union und der Eurogruppe auf die Folgen der
289 internationalen Finanzmarktkrise. Ihre rigide Spar- und Kürzungspolitik, das Erzwingen
290 vermeintlicher Strukturreformen und die Webfehler der Wirtschafts- und Währungsunion untergraben das
291 europäische Sozialmodell. Eine auf Lohn-, Preis- und Steuerkonkurrenz verengte Wettbewerbspolitik
292 setzt die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedstaaten mehr und mehr unter Druck.

293 Verstärkt werden diese falschen politischen Weichenstellungen durch den Mangel an Solidarität
294 zwischen den EU-Mitgliedstaaten – gerade wenn es um Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und
295 Bürger in einem instabilen globalen Umfeld geht. Eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik liegt
296 in weiter Ferne. Noch immer ist die demokratiefördernde und friedenspolitische Rolle der EU viel zu
297 schwach. Die Erweiterungspolitik der EU berücksichtigt immer weniger die demokratischen,
rechtsstaatlichen und sozialen Beitrittskriterien und sorgt nicht ausreichend dafür, dass alle
Mitgliedstaaten verpflichtet sind, diese Kriterien umzusetzen und strikt einzuhalten. Die zivile
297 Komponente Europas als internationale Friedensmacht, d.h. die Fähigkeit der EU, im Rahmen ihrer
298 gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik ihr volles diplomatisches und
299 ökonomisches Gewicht als „Soft Power“ zu nutzen, bleibt unterentwickelt. ~~Aus all diesen Gründen~~
300 ~~läuft die europäische Politik immer stärker Gefahr, sich ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer~~
301 ~~demokratischen Legitimation zu berauben.~~

302 Eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich daran orientieren, durch Diplomatie und die
Unterstützung demokratischer Institutionen zur Friedenssicherung und Friedenserhaltung beizutragen.
Insbesondere darf sich die EU nicht an militärischen Aktionen zur Rohstoffsicherung beteiligen. Die
EU ist gefordert, sich für eine weltweite Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik einzusetzen.
Unerlässlich sind dafür eine konsequente Ausrichtung aller politischen Initiativen der EU an
Rüstungskonversionsstrategien und einheitliche europäische Regeln für Rüstungsexporte. Zudem müssen
die Aufwendungen für zivile Friedenssicherung und -erhaltung deutlich aufgestockt werden. Die
Forderung der NATO nach einer Erhöhung der Rüstungsetats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts
ist hingegen völlig verfehlt und wird deshalb abgelehnt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf das Gründungsversprechen eines geeinten Europas als
Friedens- und soziales Fortschrittsprojekt zurück besinnen. Mit einem „Weiter so“ läuft die
europäische Politik immer stärker Gefahr, sich ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer demokratischen
Legitimation zu berauben.

Gerade um eine faire Weltwirtschafts- und Welthandelsordnung zu verwirklichen, sind wir aber auf die
303 internationale Verhandlungsmacht einer starken und geschlossenen Europäischen Union angewiesen, die
304 hohe öffentliche Akzeptanz genießt. Deshalb betrachten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ein
305 **soziales Europa**, das solidarisch zusammenhält, um seinen Bürgerinnen und Bürgern Schutz und
306 Sicherheit sowie gute Lebensperspektiven mit Guter Arbeit zu geben, als zentrale Bedingung für eine
faire Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung.

307 Auch europäisch und international setzen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den kommenden
308 Jahren ihren Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping fort. Sie streiten gemeinsam mit dem Europäischen
309 Gewerkschaftsbund und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund für Gute und menschenwürdige Arbeit,
310 für gerechte Löhne und soziale Sicherheit der Beschäftigten, um Liefer- und Wertschöpfungsketten
311 über nationale Grenzen hinweg fair zu gestalten.

312 **4.2 Den digitalen Wandel für sozialen Fortschritt nutzen**

313 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekräftigen ihren Gestaltungsanspruch für den digitalen
314 Wandel. Die Digitalisierung hat enorme Potenziale für soziale, ökologische und wirtschaftliche
315 Innovationen, für eine Humanisierung der Arbeit und nicht zuletzt für demokratische Teilhabe und
316 gesellschaftliche Emanzipation. Deshalb werden sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den
317 kommenden Jahren weiter dafür einsetzen, den digitalen Wandel im Sinne sozialen Fortschritts zu
318 gestalten.

319 Wir wissen um die gewaltigen Herausforderungen, die der digitale Wandel mit sich bringt. Es geht
320 nicht nur um eine Technisierung der Arbeitswelt, sondern um eine Veränderung von Wertschöpfungs-,
321 Wirtschafts- und Arbeitsstrukturen. Big Data-Anwendungen und „künstliche Intelligenz“ verändern
322 nicht nur Geschäfts- und Marktmodelle, sondern auch Gesellschafts- und Machtverhältnisse.

323 Die neuen Möglichkeiten, die durch den Einsatz digitaler Technologien eröffnet werden, dürfen daher
324 nicht einseitig unter den Aspekten ökonomischer Effizienzsteigerungen und der Gewinnmaximierung
325 betrachtet werden. Vielmehr muss die Nutzung dieser Technologien darauf ausgerichtet werden, den
326 Menschen mehr Freiheit und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Dafür brauchen wir eine
327 Digitalisierungsstrategie, die sich auf eine breite öffentliche Debatte über die Folgen des
328 technologischen Wandels und des digitalen (Plattform-)Kapitalismus für unsere Arbeitsgesellschaft

329 stützt.

330 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden darauf hinwirken, dass die **politische Diskussion um**
331 **„Arbeiten 4.0“** fortgesetzt und in der neuen Legislaturperiode in konkrete Handlungsschritte
332 übersetzt wird. Wir wissen um die Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in den Branchen, Betrieben
333 und Verwaltungen. Deshalb ist es wichtig, Sorgen und Ängste der Menschen vor Arbeitsplatzverlust,
334 Überforderung oder sozialem Abstieg aufzugreifen und Digitalisierungsprozesse auch aus der
335 Perspektive von Frauen und Männern, jüngeren und älteren Beschäftigten gleichermaßen zu bewerten.
336 Eine erfolgreiche Bewältigung des digitalen Wandels erfordert eine Strategie, die **neue Chancen**
337 eröffnet. Wir schlagen dafür insbesondere eine **Initiative für eine neue Bildungsstrategie** vor, die
338 die Menschen dabei unterstützt und dazu befähigt, den veränderten Anforderungen digitalen Arbeitens
339 gerecht zu werden und sich selbstbestimmt weiterentwickeln zu können. Ein besonderer Schwerpunkt
340 liegt hierbei auf der Förderung beruflicher Weiterbildung und dem Erhalt beruflicher
341 Handlungskompetenzen.

342 Entscheidend ist, die Digitalisierung als einen Prozess zu verstehen, der nur mit der **Beteiligung**
343 **und Mitbestimmung** der Beschäftigten erfolgreich gestaltet werden kann. Wer die Menschen ernsthaft in
344 das digitale Zeitalter „mitnehmen“ will, muss sie einbeziehen und zugleich das Risiko einer
345 missbräuchlichen Nutzung digitaler Technologien für die Fremdbestimmung von Arbeit minimieren. Ein
346 zentrales Spannungs- und Konfliktfeld bildet dabei der Umgang mit Daten. Dies gilt insbesondere für
347 digitale Kontrollmöglichkeiten am Arbeitsplatz. Um eine breite Akzeptanz für den digitalen Wandel
348 herzustellen, muss das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** auch am Arbeitsplatz gewahrt
349 bleiben. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen vermeiden, dass datengetriebene
350 Arbeitsprozesse oder Mensch-Maschine-Interaktionen im Betrieb zu neuen Formen von fremdbestimmtem
351 Arbeiten für die Beschäftigten führen.

352 Die Digitalisierung birgt erhebliche Potentiale für neue demokratische Beteiligungsformen, für eine
353 größere Transparenz im Umgang mit staatlichen Behörden und für einen besseren Zugang zu
354 bürgerfreundlichen öffentlichen Diensten – und damit auch für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt.
355 Gleichzeitig begünstigt die zunehmende digitale Vernetzung jedoch auch weit über die Welt der Arbeit
356 hinaus eine kommerziell ausgerichtete Überwachungslogik.

357 Im digitalen „Informationskapitalismus“ steuern Algorithmen nicht nur Maschinen, sondern
358 beeinflussen auch Menschen – ob nun bei der Arbeit, als Bürgerinnen oder Bürger oder als Kundinnen
359 oder Kunden. Einzelne IT-Konzerne haben über die ihnen zur Verfügung stehenden Nutzerdaten eine
360 ungeheure Marktmacht aufgebaut. Die Gefahr von „Filterblasen“ und einer „Zensur der Algorithmen“
361 wächst. Parallel dazu ist ein digitaler Optimierungsmarkt entstanden, der auf eine erhöhte
362 individuelle Verhaltenseffizienz abzielt und sich inzwischen auf weite Bereiche des täglichen Lebens
363 erstreckt – von der Kfz-Versicherung bis hin zur Krankenversicherung. Auch im Bereich der
364 öffentlichen Daseinsvorsorge wird die Datenfrage zunehmend zur Machtfrage. Beispiele dafür finden
365 wir etwa im Bildungswesen oder auch bei „smart city“-Konzepten, wo die Gefahr besonders groß ist,
366 dass digitale Infrastrukturen durch ihre Privatisierung der demokratischen Regelungsmacht entzogen
367 werden.

368 Wir stehen damit am Beginn einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über den Einfluss von Datenmacht
369 auf die gesellschaftliche Entwicklung und das Gemeinwohl. Deshalb werden der DGB und seine
370 Mitgliedsgewerkschaften in den nächsten Jahren auch Angebote für eine gesellschaftliche **Debatte über**
371 **die „Gesellschaft 4.0“** machen, die das Verhältnis von Demokratie und Datenmacht in den Mittelpunkt

372 stellt.

373 **4.3 Klimaschutz sozialverträglich und nachhaltig gestalten**

374 Neben dem Raubbau an den natürlichen Ressourcen mindert der Klimawandel weltweit die Lebenschancen
375 und die Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen. Der Übergang zu qualitativen und
376 nachhaltigen Formen des Wirtschaftens ist unabdingbar. Der dafür notwendige sozial-ökologische Umbau
377 wird nur erfolgreich verlaufen, wenn die Beschäftigten und die Zivilgesellschaft sich an seiner
378 Gestaltung beteiligen können.

379 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine nachhaltige Entwicklung ein, die
380 soziale, wirtschaftliche und ökologische Belange miteinander in Einklang bringt. Um die
381 Klimaschutzziele von Paris und die Klimaziele der Europäischen Union bis 2030 zu erreichen, ist eine
382 schrittweise Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger notwendig. Der international
383 vereinbarte Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft stellt die Menschheit in den nächsten
384 Jahrzehnten vor gewaltige Herausforderungen, da immer noch mehr als 85% unseres
385 Primärenergieverbrauchs aus fossilen Quellen stammen.

386 Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssen die Emissionen in den Bereichen Energiewirtschaft,
387 Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft weitgehend reduziert werden. Unsere Aufgabe als
388 Gewerkschaften ist es, dafür zu sorgen, dass der Übergangsprozess hin zu einer kohlenstoffarmen
389 Wirtschaft aus der Perspektive der arbeitenden Menschen heraus sozial verträglich und mit
390 ökonomischer Vernunft gestaltet wird. Es ist deshalb ein großer Erfolg für unsere gewerkschaftliche
391 Arbeit, dass es uns gelungen ist, das **Konzept einer gerechten Strukturentwicklung („just**
392 **transition“)** im Pariser Klimaschutzabkommen zu verankern.

393 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen nun die **soziale Gestaltung des Strukturwandels auf**
394 **deutscher und europäischer Ebene** um- und durchsetzen. Sie haben Prinzipien und Kriterien entwickelt,
395 an denen sie eine gerechte Strukturentwicklung messen und die es nun um- und durchzusetzen gilt.
396 Dafür entwickeln sie ihre gemeinsamen Vorschläge zu Maßnahmen und Schritten weiter, die notwendig
397 sind, um die Erreichung der Klimaschutzziele und eine entsprechende Gestaltung der Energie- und
398 Verkehrswende auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad sicherzustellen.

399 Eine zentrale Rolle spielen dabei **Investitionen** in die Förderung von Innovationen und den Aufbau
400 einer klimaneutralen und intelligent verknüpften Netz- und Speicherinfrastruktur, die Industrie,
401 Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen konsequent auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise ausrichten.
402 Voraussetzung dafür ist ein **handlungsfähiger Staat**, der den regulatorischen Rahmen für eine gerechte
403 Strukturentwicklung setzt, eine aktive Industrie-, Dienstleistungs-, Handwerks- und Strukturpolitik
404 betreibt und die dafür notwendigen öffentlichen Investitionen bereitstellt.

405 **4.4 Die Würde des Menschen im Arbeitsleben durchsetzen**

406 Die neoliberale Deformation der sozialen Marktwirtschaft und die daraus resultierende **Spaltung des**
407 **Arbeitsmarktes** sind längst noch nicht überwunden. Wenn viele Beschäftigte heute angesichts der
408 Umgehung von Tarifverträgen, von arbeitsrechtlichen Ansprüchen und Mitbestimmungsrechten ständig um
409 ihre Existenzgrundlagen fürchten müssen, sich persönlich nicht entfalten können und keine
410 Anerkennung für ihre Arbeit erhalten, so bedeutet dies auch: Ihnen bleiben wesentliche **Grundlagen**

411 **für ein menschenwürdiges Leben**, für gesellschaftliche Teilhabe und für die Entfaltung ihrer
412 Bürgerrechte vorenthalten. Deshalb bleibt der gewerkschaftliche Kampf gegen prekäre Beschäftigung
413 und Ausbeutung zentraler Bestandteil unseres Engagements für Demokratie und gesellschaftlichen
414 Zusammenhalt. **Die Würde des Menschen ist auch im Arbeitsleben unantastbar.**

415 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften machen sich für Gute Arbeit stark. **Unfreiwillige Teilzeit,**
416 **Arbeit auf Abruf, sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen von Arbeitsverhältnissen** sind
417 damit ebenso unvereinbar wie **Minijobs** oder die **missbräuchliche Nutzung von Leiharbeit, Werkverträgen**
418 **oder Solo-Selbständigkeit.** All diese Beschäftigungsformen gehen zulasten der Schutzrechte von
419 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bedeuten für sie im Regelfall schlechte Arbeits- und
420 Entgeltbedingungen und schaffen im Betrieb durch die Zersplitterung in Kern- und Randbelegschaften
421 Beschäftigte erster und zweiter Klasse. Vom Staat erwarten wir, dass er durch die Vermeidung und den
422 Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion übernimmt und auch
423 seine öffentliche Vergabepraxis konsequent an den Kriterien Guter Arbeit ausrichtet.

424 In den letzten Jahren haben wir als Gewerkschaften erfolgreich für wichtige Kurskorrekturen in der
425 Politik gekämpft. Insbesondere gilt dies für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Wir haben
426 durchgesetzt, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen stärker, wenn auch noch nicht
427 hinreichend reguliert wird. Zudem haben wir zahlreiche weitere Vorschläge zur Eindämmung prekärer
428 Beschäftigung vorgelegt, wie etwa das DGB-Reformkonzept für Minijobs.

429 Das beste Mittel gegen die Prekarisierung von Arbeit und Niedriglöhne bleiben jedoch eine **Ausweitung**
430 **der Tarifbindung, gute Tarifabschlüsse und eine Ausweitung des sozialen Schutzes.** Der DGB und seine
431 Mitgliedsgewerkschaften setzen sich zusätzlich dafür ein, dass der gesetzliche **Mindestlohn** ohne
432 Einschränkungen gilt und weiter steigt. Der **Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“** muss
433 endlich uneingeschränkt **auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt** gelten.

434 Frauen und Männer dürfen nicht länger Gefahr laufen, unfreiwillig in der **Teilzeitfalle** stecken zu
435 bleiben, wenn sie neben ihrer Erwerbstätigkeit beispielsweise zuhause Erziehungs- oder Sorgearbeit
436 leisten. Auch die **Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der jungen Generation** müssen stärker in den
437 Blick genommen werden. Über 60 Prozent der befristet Beschäftigten sind jünger als 35 Jahre und
438 durch diese Arbeitssituation in ihrer Lebens- und Familienplanung stark eingeschränkt. Die **sozialen**
439 **Dienstleistungsberufe in Erziehung, Bildung, Gesundheit und Pflege** müssen eine deutliche Aufwertung
440 erfahren – auch in Gestalt einer guten Bezahlung, die ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft
441 gerecht wird.

442 Zudem muss dafür Sorge getragen werden, dass die **berufliche Aufstiegsmobilität von gering**
443 **qualifizierten Beschäftigten und Langzeitarbeitslosen** durch **Angebote zur Höherqualifizierung**
444 deutlich verbessert wird. Darin liegt – neben mehr Zuwanderung, einer höheren Erwerbsbeteiligung von
445 Frauen sowie alterns- und altersgerechten Formen des Arbeitens – auch ein Schlüssel, um den
446 wachsenden Fachkräftebedarf angesichts alternder Belegschaften abzudecken.

447 **4.5 Migration: Diskriminierung beenden, faire Mobilität sichern**

448 Längst ist Deutschland ein Einwanderungsland. Gut jeder fünfte Mensch in Deutschland verfügt über
449 einen Migrationshintergrund. Die Vielfalt unterschiedlicher Herkünfte spiegelt sich auch in unseren
450 Gewerkschaften. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die Entwicklung einer
451 offenen Einwanderungsgesellschaft ein, denn sie sind der Überzeugung, dass Migration endlich als
452 Realität anerkannt werden und die Politik entsprechend handeln muss.

453 Zuallererst ist dafür Sorge zu tragen, dass **Ausbeutung und Lohndumping keine Chance** haben und allen
454 in Deutschland beschäftigten Menschen ein **gleicher Zugang zu Guter Arbeit** eröffnet wird. Das
455 bedeutet auch, dass auf dem europäischen Arbeitsmarkt uneingeschränkt der **Grundsatz „Gleicher Lohn**
456 **für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“** und das **Beschäftigungslandprinzip** gelten
457 müssen. Wir lassen nicht zu, dass einheimische und zugewanderte Arbeitskräfte gegeneinander
458 ausgespielt werden.

459 Noch sind wir weit davon entfernt. Menschen mit Migrationshintergrund, gleichgültig ob sie als
460 Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach Deutschland gekommen sind oder bereits in dritter oder
461 vierter Generation hier leben, nehmen längst noch nicht gleichberechtigt teil am Arbeitsmarkt und am
462 gesellschaftlichen und politischen Leben. Sie sind in weit höherem Maße von Armut, prekärer
463 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen ohne Migrationsgeschichte. Wesentliche
464 Gründe dafür liegen in der **sozialen und ethnischen Ungleichbehandlung**, die zu niedrigeren
465 Bildungsabschlüssen, geringeren beruflichen Qualifikationen und Benachteiligungen bei der Bewerbung
466 um Ausbildungs- und Arbeitsplätze führt.

467 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten deshalb für einen ganzheitlichen Ansatz zur
468 Schaffung gleicher Teilhabechancen für alle Bevölkerungsgruppen und für die gesetzliche **Verbesserung**
469 **der Teilhabechancen in Bildung und Ausbildung ebenso wie in Beruf und Gesellschaft** ein. Dazu zählen
470 v. a. ein gleichrangiges Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen, der Ausbau von Programmen
471 zur Sprachförderung, die Beseitigung aufenthaltsrechtlicher Hürden beim Zugang zur
472 vollqualifizierenden Berufsausbildung und die Verbesserung der Teilhabe an politischen
473 Entscheidungen.

474 Zudem muss das geltende **System zur Zu- und Einwanderung von Erwerbstätigen** grundlegend reformiert
475 werden, so dass es transparenter gestaltet ist und sich an der langfristigen Arbeitsmarktentwicklung
476 orientiert. Dabei ist vor allem darauf zu achten, dass alle Beschäftigten bei den Arbeitsbedingungen
477 gleichbehandelt werden und allen rechtmäßig in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen mit ihren
478 Familien die Möglichkeit zu einem Daueraufenthalt eingeräumt wird.

479 Auch für **entsandte Beschäftigte**, die **im Rahmen der EU-Niederlassungs-, -Dienstleistungs- und**
480 **Arbeitnehmerfreizügigkeit** in Deutschland tätig sind, muss gewährleistet sein, dass sie bei den
481 Arbeitsbedingungen nicht schlechter gestellt und nicht zum Opfer ausbeuterischer Praktiken werden.
482 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften betrachten die Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt als ein
483 Grundrecht, das ohne Einschränkung erhalten bleiben muss und – anders als die Ein- und Zuwanderung
484 von Erwerbstätigen – nicht abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung gesteuert werden darf.

485 Dafür muss aber die laufende **Revision der EU-Entsenderichtlinie** substantielle Verbesserungen für
486 entsandte Beschäftigte bringen – indem sie für mehr Lohngerechtigkeit am Einsatzort sorgt und
487 Ausbeutung, Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet. Insbesondere die Arbeitsbedingungen bei
488 Dienstleistungsanbietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten müssen strenger kontrolliert, die
489 Sanktionsmöglichkeiten zur Verhinderung des Missbrauchs der Freizügigkeit bei grenzüberschreitenden
490 Entsendungen verschärft und die Beratungsangebote für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in
491 Deutschland und Europa weiter verbessert werden. Mit dem **Projekt „Faire Mobilität“** des DGB und
492 seiner Mitgliedsgewerkschaften sind für ein solches Beratungsangebot wichtige Grundlagen geschaffen
493 worden, die verstetigt und weiter ausgebaut werden müssen.

494 **4.6 Geflüchtete in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integrieren**

495 Für den sozialen Zusammenhalt und – gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung – auch für
496 die Gestaltung der Transformation ist es eine zentrale Frage, wie wir Arbeitnehmerinnen und
497 Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern sowie Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Drittstaaten erfolgreich
498 integrieren können. Gleiches gilt auch für die Integration von Geflüchteten, die uns vor besondere
499 Herausforderungen stellt.

500 Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen oder in ihrer Heimat wegen ihrer politischen
501 Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit verfolgt
502 werden, müssen in Deutschland und Europa Schutz finden. Für den DGB und seine
503 Mitgliedsgewerkschaften sind deshalb das **Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-**
504 **Flüchtlingskonvention** unantastbar. Die **EU-Regelungen zum Schutz und zur Aufnahme von Geflüchteten**
505 haben sich jedoch als ungeeignet erwiesen, weil sie zu einer extrem unfairen Lastenverteilung
506 zwischen Peripherie- und Kernländern der EU führen und das mörderische Geschäft der Schlepper
507 begünstigen.

508 Hier werden wir mit aller Kraft gegensteuern, indem wir uns gemeinsam mit dem Europäischen
509 Gewerkschaftsbund für ein EU-weites solidarisches System zur Aufnahme und Integration von
510 Geflüchteten einsetzen, das menschenrechtliche Verpflichtungen umsetzt und gemeinschaftlich
511 finanziert. Dazu gehört auch, sichere und legale Möglichkeiten zu schaffen, in der EU einen Antrag
512 auf Schutzgewährung zu stellen, und EU-Staaten zu unterstützen, die besondere Lasten zu tragen
513 haben.

514 Wir verschließen nicht die Augen davor, dass die Aufnahme von mehr als einer Million Geflüchteten
515 seit dem Sommer 2015 Deutschland vor große Herausforderungen stellt und gesellschaftliche Spannungen
516 erzeugt. So brauchen wir auf dem Wohnungsmarkt deutlich mehr **staatliche Investitionen in den**
517 **sozialen Wohnungsbau**. Um Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, müssen staatliche
518 Politik, tarifvertragliche Gestaltungsansätze und betriebliche Initiativen zur Integration von
519 Geflüchteten eng miteinander verzahnt werden.

520 Entscheidend ist dafür, dass ein breit gefächertes, geschlechtergerechtes **Bildungsangebots** gefördert
521 und bereitgestellt wird – von Integrations- und Sprachkursen über den Zugang zu Schulen bis hin zur
522 Anerkennung von Qualifikationen. Auf unsere gewerkschaftliche Initiative hin wurden Programme
523 aufgelegt, die **Geflüchteten den Weg in Ausbildung und Arbeit eröffnen**. Zudem bedarf es Maßnahmen,
524 die sicherstellen, dass Geflüchtete im Arbeitsleben nicht benachteiligt oder zum Lohndumping
525 missbraucht werden. Deshalb setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auch für eine
526 Ausweitung von Programmen zur Information und **Beratung von Betrieben und Geflüchteten** ein.

527 Voraussetzung für eine gelingende Integration rechtmäßig hier lebender Geflüchteter ist zudem das
528 Recht zum Familiennachzug, für das sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auch weiterhin
529 entschieden einsetzen.

530 Die Vorschläge und Konzepte, die wir zur Migration und Integration von Geflüchteten erarbeitet
531 haben, werden wir in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

532 **4.7 Den demografischen Wandel gestalten: Altern in Gesundheit und Würde ermöglichen,**
533 **Fachkräfte sichern**

534 Der demografische Wandel setzt den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungssysteme immer stärker
535 unter Druck. Zwar ist die Debatte um die demografischen Herausforderungen nicht neu. Allerdings
536 konzentrierte sich die Politik bisher auf Einschnitte für Rentnerinnen und Rentner, vor allem bei
537 den zukünftigen Generationen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Leistungen der gesetzlichen
538 Rentenversicherung weiter sinken, zumal die Rentenbeiträge in den kommenden Jahren aufgrund der
539 demografischen Entwicklung steigen werden.

540 Mit ihrer Rentenkampagne und ihren Vorschlägen zur **Sicherung des gesetzlichen Rentenniveaus** haben
541 der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine breite Debatte angestoßen. Das DGB-Rentenkonzept
542 zeigt, wie man im Alter ein Leben in Würde ermöglichen kann und wie dies finanzierbar ist, ohne die
543 aktive Generation der Erwerbstätigen zu überfordern. Indem wir die Leistungen der Gesetzlichen
544 Rentenversicherung verbessern und die betriebliche Altersversorgung ausbauen, beziehen wir die
545 Arbeitgeber wieder stärker in die Finanzierung der Alterssicherung mit ein.

546 In den kommenden Jahren erarbeiten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einen politischen
547 **Fahrplan für die nachhaltige Stärkung der sozialen Sicherung**. In diesem Fahrplan werden wir den Weg
548 des Übergangs von der gesetzlichen Rentenversicherung in eine **Erwerbstätigenversicherung** und von der
549 gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in eine **Bürgerversicherung** aufzeigen.

550 Die demografische Entwicklung ist allerdings mit Reformen des Rentensystems allein nicht zu
551 bewältigen. Grundlage einer auskömmlichen Altersvorsorge bleibt Gute Arbeit mit guten Löhnen und
552 damit die Teilhabe der Erwerbstätigen und Rentnerinnen und Rentner am volkswirtschaftlichen
553 Wachstum. Der Niedriglohnsektor höhlt die Fundamente der sozialen Sicherung aus und vielen Menschen,
554 insbesondere Frauen, droht deshalb die Altersarmut. Auch deshalb engagieren sich der DGB und seine
555 Mitgliedsgewerkschaften für eine **inklusive Strategie**, die darauf abzielt, aus prekärer Arbeit wieder
556 Gute Arbeit zu machen.

557 Überdies muss sowohl im **Bereich von Pflege und Gesundheit** als auch in den **Sozial- und**
558 **Erziehungsberufen** dringend der wachsende Bedarf an Fachkräften angegangen werden, indem die
559 Attraktivität dieser Berufe durch **höhere Löhne und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen**
560 gesteigert und für wirklich **bedarfsgerechte Personalbemessungsregeln** gesorgt wird.

561 Mit dem demografischen Wandel wächst die Bedeutung von **alterns- und altersgerechtem Arbeiten**. Gerade
562 deswegen muss der **Arbeitsschutz** gestärkt werden. Trotz enormer Anstrengungen des DGB und seiner
563 Mitgliedsgewerkschaften für Gute Arbeit, wie zum Beispiel in der Gemeinsamen Deutschen
564 Arbeitsschutzstrategie, der Initiative Neue Qualität der Arbeit oder in der Selbstverwaltung der
565 Sozialversicherungen, hat sich die Lage vor allem bei psychischen Belastungen in den Betrieben nicht
566 verbessert. So verweigert sich noch immer mehr als die Hälfte der Arbeitgeber der gesetzlichen
567 Verpflichtung, eine Gefährdungsbeurteilung für die psychischen Belastungsfaktoren durchzuführen und
568 entsprechende Arbeitsschutzmaßnahmen umzusetzen.

569 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden weiter daran arbeiten, die Arbeitsbedingungen
570 alterns- und altersgerecht zu gestalten. Neben einem stärkeren Arbeitsschutz sind dafür zusätzliche
571 gewerkschaftliche Initiativen zur Senkung von Arbeitsbelastungen erforderlich, beispielsweise durch
572 eine **zeitweise Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, insbesondere für besonders belastete**
573 **Beschäftigtengruppen**, wie Schichtarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer. Darüber hinaus brauchen wir
574 auch angesichts der demografischen Entwicklung **erweiterte Möglichkeiten zu lebensbegleitendem**
575 **Lernen**. Dafür müssen moderne Arbeitszeitmodelle mit einer zeitgemäßen Bildungs- und

576 Qualifizierungsstrategie verzahnt und in der Fläche bessere Angebote für Lernen im Betrieb gemacht
577 werden.

578 **4.8 Gesellschaftlicher Wertewandel: Mehr Selbstbestimmung ermöglichen**

579 Der gesellschaftliche Wertewandel hat viele Facetten. Unsere moderne Arbeitsgesellschaft ist geprägt
580 durch zunehmende Individualisierung und Pluralisierung. Der Stellenwert von Erwerbsarbeit als
581 gesellschaftlicher „Platzanweiser“, Quelle von Sinnstiftung und persönlicher Selbstentfaltung hat in
582 ihr nicht ab-, sondern sogar zugenommen.

583 Ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ist vielen Menschen immer wichtiger. Dass ihre Erwartungen an
584 Gute Arbeit heute weit über den Wunsch nach einem geregelten Auskommen und sozialer Absicherung
585 hinausgehen, ist nicht zuletzt Ausdruck des Erfolgs unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Durch ihren
586 Kampf gegen Ausbeutung und für starke Schutz- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten haben die
587 Gewerkschaften entscheidend dazu beigetragen, dass Erwerbsarbeit längst nicht mehr nur aus Zwang zum
588 reinen „Broterwerb“ verrichtet, sondern zunehmend als zentrale Voraussetzung für die persönliche
589 Entwicklung und Emanzipation betrachtet wird.

590 Die Ansprüche auf einen sicheren Arbeitsplatz und eine leistungsgerechte Entlohnung bestehen weiter.
591 Zusätzlich erheben Beschäftigte neue Ansprüche auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
592 Privatleben, auf mehr Zeitsouveränität und auf stärkere Beteiligung an betrieblichen
593 Entscheidungsprozessen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die tatsächliche Gleichstellung der
594 Geschlechter im Arbeitsleben.

595 Diese veränderten Werte und Einstellungen finden sich besonders bei jüngeren Beschäftigten der
596 sogenannten „Generation Y“, also bei den Erwerbstätigen, die in den 80er und 90er Jahre geboren und
597 mit dem Gebrauch von digitalen Technologien groß geworden sind. Auch für sie ist ganz wichtig:
598 Arbeit muss sinnstiftend sein und Selbstentfaltung ermöglichen.

599 Gerade bei ihnen findet dies auch Ausdruck in dem Wunsch, stärker individuell beteiligt zu werden.
600 Auf betrieblicher Ebene kann dies begünstigt werden durch den Wandel hin zu offeneren
601 Unternehmenskulturen, flachen Hierarchien und „agilen“ Formen der Führung. Sie können neue Freiräume
602 für die veränderten Beteiligungsansprüche eröffnen. Gleichzeitig bergen diese neuen Führungsmodelle
603 die Gefahr, dass sie von den Arbeitgebern genutzt werden, um die kollektiven Mitbestimmungsrechte
604 der Beschäftigten einzuschränken. Die **Verbindung individueller Beteiligungs- und kollektiver**
605 **Mitbestimmungsrechte** muss so ausgestaltet werden, dass sie sich gegenseitig ergänzen und nicht
606 miteinander konkurrieren.

607 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ergeben sich aus diesen veränderten und vielfältigeren
608 Ansprüchen an „Gute Arbeit“ neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitswelt. Gerade die
609 qualitative **Tarifpolitik** muss gewährleisten, dass den betrieblichen Interessenvertretungen
610 ausreichend Handlungsspielräume verbleiben, um die tarifvertraglich getroffenen Vereinbarungen
611 passgenau auf die Interessen der von ihnen vertretenen Beschäftigten zuschneiden zu können.

612 Angesichts **immer vielfältigerer Erwerbsverläufe und -biografien** werden wir die gesellschaftliche
613 Debatte darüber voranbringen, welche Anforderungen die Beschäftigten heute an Gute Arbeit stellen.
614 Für die große Mehrheit der Erwerbstätigen bleibt ein stabiles, langfristiges und gut bezahltes
615 Beschäftigungsverhältnis der zentrale Anspruch. Zugleich steigen die Ansprüche auf eine

616 selbstbestimmte Arbeits- und Lebensplanung.

617 Deshalb werden sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den kommenden Jahren verstärkt mit
618 den Fragen befassen, welche **lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodelle** diesen Ansprüchen am ehesten
619 gerecht werden, wie erwerbsbiografische Brüche, Wechsel und berufliche Übergänge sozial abgesichert
620 werden müssen und welcher **Reformbedarf** sich daraus **für unsere sozialen Sicherungssysteme** ergibt.

621 **5. Zentrale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung des Wandels**

622 **Starke Gewerkschaften und eine funktionierende Sozialpartnerschaft** mit den Arbeitgebern sind aus
623 Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften unverzichtbare Erfolgsbedingung für die Gestaltung
624 des Wandels. Dazu gehören auch die **Stärkung der Tarifbindung und ein Ende der im Arbeitgeberlager**
625 **grassierenden Tarifflicht, starke Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten** in
626 Betrieben, Verwaltungen und Aufsichtsräten sowie eine **starke Rolle der Sozialpartner in der**
627 **Selbstverwaltung.**

628 All das sind unabdingbare, aber noch keine hinreichenden Bedingungen für eine erfolgreiche
629 Gestaltung der Transformation unserer Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie erfordert ein
630 enges Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und den relevanten demokratischen Akteuren
631 aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die eine **progressive Modernisierungspolitik für**
632 **Deutschland und Europa** durchsetzen wollen. Deshalb bietet sich der DGB als Ort und Träger des
633 Diskurses an, um mit ihnen in einen **breit angelegten Zukunftsdialog** einzutreten.

634 Auch das reicht aber noch nicht aus. Erfolgreich gestalten können wir nur dann im Sinne besserer
635 Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen, wenn das demokratische System stabil ist und von
636 den demokratischen Einstellungen und Werten der Bürgerinnen und Bürger getragen wird, wenn neben dem
637 Sozialstaat auch das Bildungssystem seine gesellschaftliche Integrationsfunktion erfüllt und wenn
638 die staatlichen Einrichtungen handlungsfähig sind.

639 **5.1 Förderung und Verteidigung demokratischer Werte und Einstellungen**

640 Unser gewerkschaftlicher Einsatz für demokratische Werte und gegen Diskriminierungen und
641 Menschenfeindlichkeit jeder Art ist heute besonders wichtig. Immer deutlicher zeigt sich, dass
642 rassistische und menschenverachtende Einstellungen, autoritäre Denkmuster, ein rückwärtsgewandtes
643 Frauen-, Familien- und Gesellschaftsbild und wachsende Gewalt und Gewaltbereitschaft keine
644 gesellschaftlichen Randerscheinungen sind. Rechtspopulistisches Denken und Hass auf die
645 Repräsentanten und Institutionen der Demokratie äußern sich auch auf Internetplattformen, in Social-
646 Media-Kommentaren oder in Talkshows.

647 Obwohl die große Mehrheit der Menschen Extremismus und Ausgrenzung ablehnt, stellen diese
648 Entwicklungen eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Demokratie dar. Sie sind ein Angriff auf
649 unsere gewerkschaftlichen Grundwerte und auf unsere von Vielfalt geprägte Mitgliedschaft. Rassismus
650 und andere Formen von Menschenfeindlichkeit, wachsende Gewalt und Gewaltbereitschaft bedrohen das
651 friedliche Zusammenleben in unserer vielfältigen Gesellschaft und die Sicherheit der in Deutschland
652 lebenden Menschen.

653 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb den **Ausbau der Präventionsarbeit**. So
654 müssen die politische Bildung in Schulen und Berufsschulen und die betriebliche Präventionsarbeit

655 gestärkt werden. Die soziale Infrastruktur und die Präsenz von demokratischen Vereinen und Verbänden
656 müssen auch in strukturschwachen Regionen erhöht werden. Der DGB fordert alle betrieblichen Akteure
657 auf, gegen jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz entschlossen vorzugehen. Darüber hinaus setzen
658 wir uns dafür ein, dass **rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt** werden. Gefährdete Personen und
659 Einrichtungen müssen wirksam durch staatliche Sicherheitskräfte vor rechten Gewalttaten geschützt
660 werden.

661 Auch die **physische und psychische Gewalt gegen Beschäftigte** hat zugenommen. **Arbeitsschutz** bedeutet
662 auch, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Gewalt zu schützen. Dem DGB und seinen
663 Mitgliedsgewerkschaften ist es gelungen, das Problem der massiven Gewalt gegen Beschäftigte in
664 Politik und Gesellschaft überhaupt erst als solches wahrnehmbar zu machen. Die Gewerkschaften werden
665 sich viel stärker dafür einsetzen, dass die Opfer von Attacken die erforderliche Unterstützung
666 erhalten. Dazu gehört auch, allen Beschäftigten mit hoheitlichen Funktionen sowie Trägerinnen und
667 Trägern von Dienst- und Unternehmenskleidung wieder **Respekt in der Öffentlichkeit** bei der Ausübung
668 ihres Berufes zu verschaffen.

669 Wir setzen uns mit allen Formen von Gewalt und Gewaltbereitschaft und jeder Art von
670 antidemokratischen und menschenfeindlichen Positionen auseinander, indem wir unsere
671 gewerkschaftlichen Grundwerte durch unser Handeln in der Arbeitswelt und in der politischen
672 **Bildungs- und Beratungsarbeit** vermitteln. Wir werden hier unser Engagement in den kommenden Jahren
673 weiter verstärken.

674 Wir rufen die Politik und die Arbeitgeber auf, mit uns ein **Gesamtkonzept zur Förderung**
675 **demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen** zu entwickeln und die Wirkung politischer
676 Bildungs- und Aufklärungsarbeit, insbesondere auf der Ebene von Betrieben, Verwaltungen und
677 Bildungseinrichtungen, zu verbessern.

678 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist eine Zusammenarbeit mit Parteien oder
679 Organisationen, die rassistische oder demokratiefeindliche Positionen vertreten oder
680 Gewaltbereitschaft fördern, ausgeschlossen.

681 **5.2 Gesellschaftliche Integrationsfähigkeit des Bildungssystems**

682 Bildung ist ein Menschenrecht und ein Grundpfeiler der Demokratie. Sie sichert demokratische,
683 soziale und kulturelle Teilhabe für alle. Gute Bildung eröffnet den Zugang zur Welt, zu
684 Gesellschaft, zu Arbeit und Beruf. Bildung bedeutet Entwicklung und ermöglicht die Entfaltung der
685 eigenen Persönlichkeit. Gute Bildung befähigt zur kritischen Auseinandersetzung mit der
686 gesellschaftlichen und betrieblichen Wirklichkeit. Deshalb brauchen wir ein **qualitativ hochwertiges,**
687 **inklusives, geschlechtergerechtes und solide ausgestattetes öffentliches Bildungswesen**, um die
688 Transformation erfolgreich zu gestalten.

689 Unsere Bildungseinrichtungen – Kitas, Schulen, Hochschulen, Berufsschulen und
690 Weiterbildungseinrichtungen – zählen zu den Orten, an denen sich die unterschiedlichen Schichten und
691 Milieus unserer Gesellschaft begegnen können. Viele Analysen und Diskussionen rund um das
692 Bildungswesen konzentrieren ihren Blick auf die erreichten Abschlüsse und Kompetenzen. Das ist
693 richtig, denn sie sind entscheidend für die späteren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Der DGB und
694 seine Mitgliedsgewerkschaften halten aber eine ganzheitliche Bewertung des Bildungssystems für
695 nötig, die auch berücksichtigt, ob es soziale Integration fördert und Milieus zusammenführt oder –

696 im Gegenteil – zu einem Auseinanderdriften verschiedener Lebenswelten beiträgt. Es ist wesentlich
697 für die Stabilität der Demokratie, dass das Bildungssystem seine **gesellschaftliche**
698 **Integrationsfunktion** erfüllt.

699 Für Deutschland trifft dies nur sehr eingeschränkt zu. Die Reproduktion der sozialen Schieflage
700 bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und
701 Berufsabschluss ist bedrückend hoch. Auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die
702 Schere zwischen Gewinnern und Verlierern. Zu viele Menschen bleiben vom Zugang zur höheren Bildung
703 ausgeschlossen. Das deutsche Bildungssystem ist polarisiert.

704 Im Bereich der Weiterbildung nimmt der Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarf in den Betrieben
705 und Verwaltungen ständig zu, denn durch die Transformation verändern sich die Anforderungen an
706 berufliche Tätigkeiten rasant. Der Zugang zu Weiterbildung und die Chancen auf berufliche
707 Entwicklung sind aber ungleich verteilt. Eine der großen Herausforderungen wird es deshalb sein,
708 flächendeckend weit mehr Möglichkeiten in Betrieben und Verwaltungen zum **Lernen am Arbeitsplatz** zu
709 schaffen. Wir brauchen eine neue Lernkultur in den Betrieben und Verwaltungen. Nur so kann die
710 soziale Spaltung im Weiterbildungssystem eingedämmt werden.

711 Um der gesellschaftlichen Polarisierung unseres Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungssystems
712 entgegenzuwirken, brauchen wir an erster Stelle eine **inklusive Bildungsstrategie**, für die der DGB
713 und seine Mitgliedsgewerkschaften im Rahmen ihres gesellschaftspolitischen Zukunftsdialogs einen
714 wichtigen Impuls geben werden. Eine solche Strategie ist gemeinsam mit Bund, Ländern, Kommunen und
715 Sozialpartnern sowie anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu entwickeln. Dazu gehört
716 insbesondere, dass das **Kooperationsverbot aus dem Grundgesetz gestrichen** wird. Die gemeinsame
717 Strategie muss massive **öffentlichen Investitionen** in gebundene „echte“ Ganztagschulen, in die
718 Schul- und Hochschulsanierung, zur Überwindung des Lehrkräftemangels und zur Bekämpfung prekärer
719 Arbeitsbedingungen vorsehen, wie sie heute an Hochschulen, in der Weiterbildung, bei
720 Integrationslehrkräften und bei Erzieherinnen und Erziehern herrschen.

721 Alle Menschen sollen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung erhalten. Der DGB und seine
722 Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass wir eine inklusive Gesellschaft nur durch deutlich mehr
723 Investitionen in inklusive Bildung erreichen können.

724 **5.3 Ein handlungsfähiger und aktiv gestaltender Staat**

725 Ein starker Sozialstaat, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur,
726 ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst, innere und äußere Sicherheit für alle – das
727 erwarten die Menschen zu Recht von den staatlichen Akteuren und Einrichtungen. Ein Staat, der nicht
728 für seine Bürgerinnen und Bürger da ist, verliert ihr Vertrauen und gefährdet damit den Zusammenhalt
729 des demokratischen Gemeinwesens.

730 In der sozialen Marktwirtschaft hat die Politik eine besonders wichtige Aufgabe, weil sie im
731 staatlichen Raum als Gesetzgeber und Moderator für den demokratischen Ausgleich wirtschaftlicher und
732 gesellschaftlicher Interessen sorgt und den Einzelnen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte
733 überlässt. Eine entsprechende **Arbeitsmarkt-, Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik** kann wesentlich zu
734 einer gerechteren Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen beitragen.

735 Gleichzeitig muss durch eine aktive **Industrie-, Dienstleistungs-, Handwerks-, Struktur-**

736 **Wettbewerbs- und Vergabepolitik** und mit Hilfe öffentlicher Investitionen dafür gesorgt sein, dass
737 gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land hergestellt werden und die tiefgreifende
738 Transformation von Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen ebenso wie die Entstehung neuer
739 Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodelle sozialverträglich und gerecht abläuft.

740 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen in handlungsfähigen staatlichen Einrichtungen, die
741 all diese Instrumente nutzen, über die dafür erforderlichen Ressourcen verfügen und die
742 Sozialpartner in ihre Entscheidungen einbinden, eine zentrale Voraussetzung, um den Strukturwandel
743 zu einem Erfolg für alle zu machen. Damit dies gelingt, muss sich die deutsche Politik auch **auf der**
744 **europäischen und internationalen Ebene für einen Regulierungsrahmen** stark machen, der einen
745 wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Umbau von Gesellschaft und Arbeitswelt
746 unterstützt. Vorrang hat dabei die Verwirklichung eines sozialen Europas, das die Beschäftigten
747 durch starke Arbeitnehmerrechte schützt und aktiv für einen Prozess der sozialen Aufwärtsentwicklung
748 in allen EU-Mitgliedstaaten eintritt.

749 Nötig ist eine massive **Aufstockung öffentlicher Investitionen** durch Bund, Länder und Kommunen.
750 Insbesondere für den **sozialen Wohnungsbau** ist deutlich mehr Geld erforderlich. Weitere
751 Investitionsschwerpunkte sind eine moderne Verkehrsinfrastruktur, eine gut ausgebaute digitale
752 Infrastruktur auch auf dem Land, ein solide ausgestattetes Bildungs- und Gesundheitssystem und
753 ausreichende öffentliche Mittel für die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen. Auf
754 all diesen Feldern sind erhebliche finanzielle Aufstockungen seitens der öffentlichen Hand
755 unverzichtbar, um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten. Dabei müssen sich diese Investitionen
756 stärker an einer fairen und sozial-ökologischen Vergabep Praxis orientieren.

757 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teilhabe sind ohne eine gute öffentliche Daseinsvorsorge
758 undenkbar. Dies setzt einen **funktionierenden öffentlichen Dienst** voraus. Um seine Leistungsfähigkeit
759 zu sichern, müssen die dortigen Arbeitsbedingungen attraktiver gestaltet werden.

760 Um alle diese Aufgaben eines handlungsfähigen Staates zu bezahlen, ist – neben größeren Spielräumen
761 für die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen – eine **Stärkung seiner Einnahmenbasis**
762 erforderlich. Erreicht werden kann dies, indem die **steuerpolitischen Eckpunkte**, die der DGB und
763 seine Mitgliedsgewerkschaften gemeinsam erarbeitet haben, umgesetzt werden. Durch sie ist für eine
764 auskömmliche Finanzierung gesorgt und es wird verhindert, dass die heute schon stark durch
765 Steuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge belastete Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschaft
766 durch zusätzliche finanzielle Belastungen überfordert wird.

767 Wir werden die Gestaltungsaufgabe nur dann meistern, wenn gewährleistet ist, dass staatliches
768 Handeln, solidarische Tarifpolitik und betriebliche Mitbestimmung besser aufeinander abgestimmt und
769 enger miteinander verzahnt werden. Dadurch wird der Weg geebnet für einen **„Sozialstaat 4.0“**, der –
770 mitgetragen von einem organisationsstarken und durchsetzungsfähigen DGB und seinen
771 Mitgliedsgewerkschaften – dem Ziel individueller Selbstbestimmung verpflichtet ist und die Ansprüche
772 der Beschäftigten auf Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und eine sichere und freie Lebensplanung
773 durchsetzt. Die Frage, wie die veränderte Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und
774 sozialpartnerschaftlichen Akteuren in diesem „Sozialstaat 4.0“ auszugestalten ist, soll ein
775 zentraler Gegenstand des **gesellschaftlichen Zukunftsdialogs** beim DGB sein.